

# Zur Fabrikgesetzgebung.

## Rede

des

Reichstags-Abgeordneten **Grillenberger**

zur

**Hertling'schen Interpellation**

gehalten in der Reichstags-Sitzung vom 10. Januar 1882.

(Aus dem amtlichen stenographischen Bericht.)



Abg. Grillenberger: Meine Herren, die Fragen, die durch die Interpellation des Herrn von Hertling hier im Hause angeregt worden sind, greifen so tief in das sociale Leben ein, daß ich, resp. meine Parteifreunde uns schon von vornherein veranlaßt gesehen haben würden, hierzu das Wort zu ergreifen; wir sind aber dazu noch umsomehr veranlaßt worden durch das, was wir gestern und heute hier im Hause darüber gehört haben. Sowohl das, was der Herr Interpellant zur Begründung seiner Anfrage gesagt hat, als das, was seitens des Herrn Reichskanzlers und seitens der Herren Redner der verschiedenen Fraktionen hierüber gesagt worden ist, erscheint uns von unserem Standpunkt aus als durchaus ungenügend, und deshalb glauben wir, die Angelegenheit noch direkt vom Arbeiterstandpunkt aus erörtern zu sollen.

Ehe ich auf die Sache selbst näher eingehe, habe ich hier und zwar nicht bloß als Person, sondern im Namen meiner Parteigenossen eine Erklärung abzugeben, betreffs der socialpolitischen Reformpläne des Herrn Reichskanzlers. Es ist in den letzten Tagen eine Notiz durch die Zeitungen gegangen, worin gesagt war, daß wir in einer Conferenz zu Dresden beschloffen hätten, uns strikte ablehnend gegenüber den gesammten socialpolitischen Plänen des Herrn Reichskanzlers zu verhalten, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil durch diese Pläne das „System Bismarck“ gestützt werden sollte. Ich habe dem gegenüber die Erklärung abzugeben, daß daran kein Wort wahr ist; wir haben einen solchen Beschluß nicht gefaßt, sondern im Gegentheil beschloffen, bei unserem bisherigen Verhalten stehen zu bleiben, nämlich die Vorlagen

des Herrn Reichskanzlers in socialer Beziehung einfach abzuwarten, dieselben zu prüfen, und, wenn sie uns etwas zu taugen scheinen, ihnen zuzustimmen. Daß wir deswegen, weil wir das System Bismarck nicht stützen wollten, praktische Errungenschaften für die Arbeiter zurückweisen sollten, fällt uns nicht ein, namentlich, da wir gar keine Veranlassung haben, jetzt wenigstens an Stelle des „Systems Bismarck“ ein anderes System gesetzt zu sehen. Das System, welches wir bekämpfen, ist das System der kapitalistischen Ausbeutung; ob das repräsentirt wird durch den Herrn Reichskanzler Bismarck oder durch ein Consortium Richter-Hänel, ist uns gleichgiltig, im Wesentlichen würde ein anderes System uns nichts besonders Gutes bringen. Die Herren von dem fortgeschrittensten Liberalismus verwahren sich dagegen, die Militärlasten wesentlich herabzusetzen, und können deshalb auch an den Steuerverhältnissen nichts ändern, sie sind vor Allem nicht gegen die kapitalistische Ausbeutung, und deshalb sehe ich durchaus nicht ein, was ein solcher Systemwechsel uns in der gegenwärtigen Zeit nützen sollte. Das glaube ich in Bezug auf die Zeitungsnöthiz sagen zu sollen.

Auf die einzelnen Punkte der Interpellation eingehend, habe ich zunächst zu bemerken, daß wir ein striktes Verbot der Sonntagsarbeit nur voll und ganz unterstützen können. Wir gehen dabei allerdings nicht vom religiösen Standpunkte des Herrn Interpellanten aus, sondern von dem rein menschlichen; wir halten dafür, daß, nachdem der Arbeiter ohnehin in dem gegenwärtigen Industrialismus über Gebühr angestrengt wird, er einen Tag der Ruhe haben muß, und da nun der Sonntag dazu bestimmt

ist, so soll derselbe auch ganz strikte als Ruhetag eingehalten werden, und wir halten dafür, daß die gegenwärtige Bestimmung in der Reichsgewerbeordnung durchaus ungenügend ist, weil darin nur gesagt ist, daß der Arbeiter zum Arbeiten am Sonntag nicht verpflichtet werden kann, und es ist schon vom Herrn Interpellanten bemerkt worden, daß die Verhältnisse so liegen, daß, wenn ein Arbeiter sich weigert, am Sonntag zu arbeiten, ihm dann ganz ruhig gesagt wird seitens inhumaner Arbeitgeber, daß er auch in der Woche nicht mehr zu kommen brauche. Wenn aber erklärt wird, die Sonntagsarbeit ist ein für allemal verboten, mit Ausnahme vielleicht derjenigen Werke, wo ein ununterbrochenes Feuer nothwendig ist, oder wo sonst die Verhältnisse derart gelegen sind, daß überhaupt Tag und Nacht gearbeitet werden muß — wenn mit Ausnahme dieser industriellen Unternehmungen gesagt wird, daß die Sonntagsarbeit ein für allemal verboten ist, dann können solche Sachen nicht mehr vorkommen, wie sie von dem Herrn Abgeordneten von Hertling geschildert worden sind, nämlich, daß die Zuchthäusler vor der Sonntagsarbeit geschützt sind, während die „freien“ Arbeiter dazu gezwungen werden können, diese freien Arbeiter, deren Verhältnis zu dem Arbeitgeber, wie mit besonderer Ostentation seitens der Liberalen immer betont wird, auf einem angeblich „freien“ Vertrage beruhen soll.

Bei der Gelegenheit erlaube ich mir hinzuzusetzen — und ich werde das bei dem Normalarbeitstag vielleicht näher begründen können —, daß, wenn man duldet, daß in einzelnen Industriezweigen, wo es unabweisbar erscheint, durchgearbeitet wird, und auch Sonntags, dann unter allen Umständen ein dreischichtiger (also achtstündiger Arbeitstag) eingeführt werden müßte.

Auf die Frauenarbeit übergehend, so hat uns eben der Herr Vertreter der konservativen Partei, wenn ich nicht irre, der Bergwerksbesitzer Ebert aus Sachsen, gesagt, daß es allerdings zu bedauern sei, daß die Frauenarbeit in dem gegenwärtig üblichen Maßstabe noch herangezogen werde zur Industrie, er hat aber bezweifelt, ob es möglich sei, diesen nach meiner Ueberzeugung einen Unfug darstellenden Gebrauch abzustellen. Ja, meine Herren, ich erlaube mir darauf hinzuweisen, daß meines Wissens der Herr Abg.

Ebert in seinen Gruben selbst Frauenzimmer beschäftigt und daß, wenn es den Herren so sehr darum zu thun ist, diesen Uebelständen abzuhelpen, sie doch in ihren Fabriken und Besitzungen damit den Anfang machen sollten. Denn nichts kann unmoralischer wirken, als gerade die Beschäftigung von Frauen auf Bauten und in Gruben, und wenn im Punkte der Frauenarbeit demnächst Vorlagen zu erwarten sein sollten, so möchte ich hierfür ganz besonders darauf hinweisen, daß da radikaler Wandel geschaffen werden muß, daß — und ich gebe hier dem Herrn Interpellanten recht — vor allen Dingen zu wünschen sei, daß die verheiratheten Frauen aus den Fabriken vollständig verschwinden mögen und daß besondere Vorschriften erlassen werden sollten, um die Beschäftigung der Frauen auf Bauten und in Gruben ein für allemal zu verbieten.

Es ist mir von einem alten Parlamentarier, der in diesem Hause Bescheid weiß, gesagt worden, daß es überflüssig oder zwecklos sei, in diesem Hause zum Gemüth sprechen zu wollen. Ich weiß nicht, wie weit das richtig ist, allein es sind so viele Interessengruppen hier vertreten, daß ich glaube, besser zu thun, hier nicht zum Gemüth zu sprechen, sondern einfach auf das Praktische zu verweisen. Und da muß ich darauf hinweisen, wie es doch im eigensten Interesse der Industrie, im Interesse der Wehrhaftigkeit des Vaterlandes u. s. w. sehr angezeigt wäre, die Frauenarbeit und damit in Verbindung auch die Kinderarbeit auf das möglichst geringe Maß zu reduzieren oder in den Fabriken ganz zu verbieten. Denn es ist eine Thatsache, daß durch die Frauen- und Kinderarbeit ganze Gesellschaftsklassen derart degenerirt werden, daß an einem gesunden Nachwuchs nicht mehr gedacht werden kann. Also schon aus praktischen Gründen, wenn man die gemüthvolle Seite aus dem Spiel lassen will, müssen die Herren Veranlassung nehmen, die Frauen- und Kinderarbeit zu verbieten.

Wenn im Jahre 1878 — ich glaube, es war in der Sitzung vom 8. Mai — der Herr Abgeordnete Böhl hier ausgesprochen hat, daß es durchaus nicht angezeigt sei, die Arbeit der Kinder und namentlich der jugendlichen Personen einzuschränken, weil dies in deren eigenem Interesse liege, und wenn gestern der Herr

Reichskanzler sich auf einen ähnlichen Standpunkt gestellt hat, so erlaube ich mir doch, da ganz bedeutend anderer Meinung zu sein. Wenn die Arbeit dieser jugendlichen Personen und Kinder in den Fabriken erheblich herabgesetzt würde, so würde dadurch den Familien nicht nur kein Ausfall erwachsen, sondern es würde eben dadurch die Concurrenz, die der Arbeit der erwachsenen Arbeiter gemacht wird, beseitigt. Der männliche Arbeiter würde in die Lage gesetzt werden, sehr verdienen zu können, und es würde dadurch der momentane Ausfall, der der Familie durch die Mindereinnahme aus der Frauen- und Kinderarbeit verursacht wird, mehr als reichlich ersetzt werden. Es würde dann auch daran gedacht werden können, ein vernünftiges Familienleben herzustellen. Dieses Familienleben ist durch das Fabrikwesen, insbesondere durch die Frauen- und Kinderarbeit, in den letzten Jahren arg zerrüttet worden. Herr Böll ist dazumal sogar so weit gegangen, zu sagen, daß er deswegen gegen eine Reduktion der Arbeitszeit dieser jugendlichen Arbeiter sei, weil dieselben, wenn sie auf der Straße herumziehen, nur zu leicht in die Versuchung kommen könnten, zu stehlen und ähnliche Missethaten zu treiben. Nun, meine Herren, der Herr Böll von damals scheint ganz merkwürdige Ansichten über die sittlichen Verhältnisse im Arbeiterstande zu haben, weil er glaubt, daß jugendliche Arbeiter, deren Arbeitszeit reduziert würde, nichts Besseres thun würden, als zu stehlen. Es ist ja da gesagt worden, daß wenn deren Arbeitszeit gesetzlich eingeschränkt würde, dadurch eben solchen Geschichten, wie dem Stehlen u. s. w., Vorhub geleistet würde. Ja, meine Herren, warum soll denn das gerade bei den jugendlichen Arbeitern der Fall sein? Wir haben eine ganze Menge Gesellschaftskreise, wo Leute in demselben jugendlichen Alter nicht bloß, wie es bezüglich der jugendlichen Arbeiter heißt, „gesetzlich zum Müßiggang verurtheilt“ sind, sondern wo sie durch die gesellschaftlichen Verhältnisse beechtigt sind, Müßiggang zu treiben. Warum sagt man da nicht, daß die Leute zum Stehlen und derartigen Missethaten geneigt gemacht werden könnten? Das ist meiner Ansicht nach eine Beschimpfung des Arbeiterstandes, die von unserer Seite zurückgewiesen werden muß, und ich habe

es für nöthig gehalten, dies nachträglich noch thun zu müssen, weil es damals in Folge Wortabschneidens durch Herrn Valentin von unserer Seite nicht geschehen konnte.

Nun ist in der Interpellation des Frhrn. v. Hertling auch davon die Rede, die Arbeitszeit im Allgemeinen einzuschränken. Der Herr Interpellant hat aber für nöthig gehalten, dabei hinzuzufügen, daß er sich bis zu einem gesetzlich fixirten Normalarbeitstag für erwachsene Arbeiter nicht aufzuschwingen vermöge, weil er glaube, daß dadurch doch die Industrie geschädigt werden könnte, und daß in die Freiheit der industriellen Bewegung eingegriffen werde. So, in ähnlicher Weise, habe ich das aufgefaßt. Ja, meine Herren, bei jeder Gelegenheit, wo nach von Beschränkung der Arbeitszeit und der Einführung eines Normal- oder Maximalarbeitstags die Rede war, ist immer die wirtschaftliche oder auch die persönliche Freiheit sofort in den Vordergrund gehoben worden. Die Freiheit darf nach meiner Ueberzeugung aber keine so unbeschränkte sein, daß dadurch ganze Geschäftsklassen gefährdet und sogar auch die allgemeine Wohlfahrt geschädigt werden kann, und das ist unter allen Umständen der Fall, wenn die Ausbeutung eine unbeschränkte ist, wie wir sie gegenwärtig in unserem Fabrikssystem haben. Der Normalarbeitstag, der beispielsweise in der Schweiz eingeführt worden ist — und die Schweiz ist doch bekanntlich nichts weniger als socialistisch, und damit ist zugleich die Bemerkung des Herrn Abgeordneten Richter (Hagen) entkräftet, welcher gestern gesagt hat, die Forderung des Normalarbeitstags sei bisher nur von socialistischer Seite erhoben worden,

(Ruf: im Reichstage!)

— ach so, hier im Reichstage, dann liegt die Sache anders. Die Schweiz ist bekanntlich nichts weniger als socialistisch und hat einen gesetzlichen Normalarbeitstag angenommen allerdings einen 11stündigen, von dem in Deutschland bei der colossal vorhandenen Ueberproduktion nicht die Rede sein könnte. Wenn in Deutschland ein gesetzlicher Normalarbeitstag eingeführt werden soll, dann kann es nach meiner Ueberzeugung nur höchstens der zehnstündige sein. Ich sage also, die Freiheit der Herren Fabrikanten darf nicht so weit gehen,

um die Freiheit der anderen einzuschränken, sie darf nicht so weit gehen, um dadurch die Wohlfahrt der Gesamtheit und namentlich das Wohlfsein der arbeitenden Klasse derart zu schädigen, wie es gegenwärtig durch die schrankenlose Ausbeutung thatsächlich geschieht.

Der Normalarbeitstag wird insofern sein Gutes haben, als damit einem großen Uebel gesteuert wird, über welches gegenwärtig namentlich von conservativer Seite sehr viel geschrieben und gesprochen wird, gegen welches man aber nichts anderes in's Feld zu führen weiß, als gewöhnliche Polizeimaßregeln. Es ist überhaupt in der letzten Zeit in Deutschland und auch in anderen Staaten Mode geworden, gegen alle gesellschaftlichen Uebel als Universalcur nur Polizeimaßregeln vorzuführen. Ich meine die in großartigem Maßstabe überhand genommene Vagabundage. Es ist vor allen Dingen zu erwähnen, daß in Folge des Normalarbeitstages solider gearbeitet wird. Es ist aber nicht ganz richtig, daß bei kürzerer Arbeitszeit ganz genau so viel hergestellt wird, als bei längerer Arbeitszeit. Es wird wohl ein kleiner Ausfall an Arbeit entstehen, und das soll nach unserer Ansicht gerade durch den Normalarbeitstag herbeigeführt werden. Es soll durch den Normalarbeitstag dafür gesorgt werden, daß von der gleichen Arbeiterzahl weniger produziert wird, als gegenwärtig, damit die riesenhafte industrielle Reserve-Armee, die gegenwärtig immer bereit ist, ihren industriellen Kollegen Concurrenz zu machen, und auf den Landstraßen zu vagabundiren gezwungen ist, daß diese industrielle Reservearmee zum Produktionsprozeß herangezogen werden kann. Dann wird dieser Vagabundage in kurzer Zeit ein Damm und Ziel entgegengesetzt werden, die Leute werden dann Arbeit bekommen. Es ist in der letzten Zeit, kurz nachdem die Hertling'sche Interpellation bekannt geworden ist, in fortschrittlichen Blättern, u. A. auch in dem in Nürnberg erscheinenden „Fränkischen Kurier“, eine Berliner Waschzettel-Correspondenz zu lesen gewesen, welche sich abfällig gegen die Hertling'sche Interpellation aussprach und sich dahin äußerte, daß es irrtümlich sei, in der gegenwärtigen Zeit die Arbeitszeit zu beschränken, die Arbeiter seien selbst dagegen, dieselben wären froh, wenn sie Arbeit haben. Ja, meine Herren,

daß sie froh sind, wenn sie Arbeit haben, das ist richtig, aber sie werden deswegen nicht die Arbeitszeit in's unendliche verlängert haben, sondern einer Feierabend haben wollen, um sich als Menschen bewegen zu können, um ein Familienleben zu haben, kurz und gut, um Menschen zu sein, wie andere Leute. Der Normalarbeitstag, gesetzlich festgestellt, ist eine Nothwendigkeit; denn wenn auch von fortgeschrittener liberaler Seite uns entgegengehalten wird, das alles könnte auf dem Wege des Coalitionsrechts gemacht werden, so erlauben wir uns das ganz entschieden zu bestreiten, denn erstens haben die Arbeiter auch unter einem annähernd freien Coalitionsrechte trotzdem nicht die nöthige finanzielle Macht, um das auf die Dauer durchzuführen zu können, weil bei jeder Krisis ihnen das Errungene wieder entrisen würde, und dann ist es Thatsache, daß wir ein solches Coalitionsrecht überhaupt nicht haben; wir hatten ein solches Coalitionsrecht in Deutschland nicht vor dem Ausnahmegesetze und durch das Socialistengesetz ist das selbe vollends illusorisch gemacht worden. Dabei will ich aber bemerken, daß merkwürdigerweise von diesem Vorwurfe die Berliner Polizei auszunehmen ist. Die Berliner Polizei, die königliche Berliner Polizei hat unter dem Ausnahmezustande, unter dem Belagerungszustande gewerkschaftliche Versammlungen, welche sich mit Streiks, Arbeitseinstellungen, Lohn erhöhungen und derartigen Fragen beschäftigten, geduldet, während sich z. B. in Bayern die Polizeibehörden, die magistratisch sind, und wo die Magistrate in den Händen der Fortschrittler und Liberalen sich befinden, veranlaßt gesehen haben, alle Arbeiterversammlungen, auch solche, die sich mit reinen Arbeiterfragen beschäftigten wollten, durchweg zu verbieten.

(Auf: wo?)

In Nürnberg hat der fortschrittliche Magistrat unsere Arbeiterversammlungen verboten, welche das Unfallversicherungsgesetz besprechen wollten, und zwar hat es in der Motivirung dieses Verbots höchst merkwürdiger Weise geheißen, daß gerade dieses Thema ganz besonders geeignet sei, umflürzlerischen Erörterungen Vorschub zu leisten. Damit ist also die reichs-

kanzlerische Vorlage als revolutionär und umstürzlerisch bezeichnet worden.

(Weiterkeit.)

Es ist dabei ausdrücklich hervorzuheben, daß nicht bloß der fortschrittliche Magistrat diese Versammlungen verboten hat — es hat es, nebenbei gesagt, auch der Fürther Magistrat gethan —, sondern die mittelfränkische Regierung hat diese Motivirung ausdrücklich gutgeheißen und uns mit unserer Beschwerde abgewiesen.

Man hat uns also gehindert, die für die Arbeiter so wichtigen Fragen zu besprechen, trotzdem der Herr Reichskanzler, bevor die Unfallversicherung auf das Tapet kam, ausdrücklich erklärt hat, es wäre ihm angenehm, wenn aus den Interessentkreisen heraus Aeußerungen kämen, d. h., wenn er erfahren könnte, wie die Arbeiter sich zu dieser Frage stellen. Trotzdem hat man bei uns alle Versammlungen verboten, welche sich mit der Besprechung derartiger Fragen beschäftigen wollten. Man hat mir sogar, nachdem ich zum Abgeordneten gewählt war, eine Versammlung, die ich selbst angemeldet habe, seitens des Nürnberger fortschrittlichen Magistrats verboten, eine Versammlung, in der ich bloß meine Stellung als Abgeordneter gegenüber den zu erwartenden Vorlagen des Reichskanzlers klar legen wollte.

Meine Herren, wo derartige Zustände existiren, wo das Coalitionsrecht derartig illusorisch gemacht wird, da kann nicht die Rede davon sein, daß auf dem Wege der freien Vereinbarung der Normalarbeitstag durchgesetzt werden kann. Der Normalarbeitstag wird aber nicht bloß von uns, sondern von den Socialpolitikern der conservativen Richtung und überhaupt von Menschenfreunden der verschiedensten politischen Parteien für nothwendig erklärt, um der übermäßigen Ausbeutung ein Ziel zu setzen. Es ist vielleicht der Ausdruck „Normalarbeitstag“ nicht ganz richtig, es würde richtiger gesagt werden, „Maximalarbeitstag“, denn es gibt eine ganze Anzahl von Geschäftsbranchen, in denen der Arbeitstag nicht länger dauert, als 8 bis 9 Stunden, und die Arbeiter dieser Branchen würden sich selbstverständlich dafür bedanken, durch ein Gesetz an einen zehnstündigen Arbeitstag gebunden zu werden.

Die Essener Bergarbeiter haben vor einiger

Zeit eine Petition an den Herrn Reichskanzler gelangen lassen, worin sie ebenfalls darauf hingewiesen haben, daß es nothwendig sei, die Arbeitszeit gesetzlich festzustellen, indem die höheren Löhne, resp. die höheren Auszahlungen, die an die Bergarbeiter in den letzten Jahren oder in den letzten anderthalb Jahren gemacht worden sind, nicht auf eine Erhöhung der Löhne im Allgemeinen zurückzuführen seien, sondern darauf, daß sie in Folge des besseren Geschäftsstandes gezwungen worden seien, Ueberschichten zu machen. Die Essener Bergarbeiter haben sich zwar in höchst einseitiger Weise darauf beschränkt, den Normalarbeitstag bloß für ihre Branche zu verlangen, es ist aber immerhin diese Petition als ein sehr schätzbares Material zu betrachten, indem aus einer Gegend, wo die Socialdemokratie einen besonderen Einfluß nicht besitzt, wo gerade der Ultramontanismus vorherrscht, oder wenn man sich so ausdrücken will, die christlich-socialen Partei katholischer Richtung, daß von dort her ebenfalls dieselbe Forderung aufgestellt wurde, die von socialistischer Seite schon seit vielen Jahren gestellt worden ist. Da wird uns von liberaler Seite entgegengehalten, wenn ihr den Normalarbeitstag wollt, müßte consequenter Weise auch ein Normalarbeitslohn festgesetzt werden. Ein Normalarbeitslohn wird nicht nöthig sein, er wäre auch ein Ding der Unmöglichkeit; allein, einen Minimalarbeitslohn einzuführen, wäre durchaus nicht so unmöglich, und diejenigen, die sich mit dem Studium der Nationalökonomie nur einigermaßen beschäftigen haben, werden sich erinnern, daß schon von Rodbertus eine derartige Forderung aufgestellt wurde, und daß derselbe eine Scala dazu bekannt gegeben hat, die nach meiner Ansicht in sehr richtiger Weise die Schwankungen und Unterschiede zwischen den verschiedenen Verdiensten einzelner Geschäftsbranchen festgesetzt hatte. Also, wenn man auch darauf kommen wollte, einen Minimalarbeitslohn festzusetzen, so hätten wir dagegen nichts einzuwenden. Wenn dagegen angeführt werden sollte, daß durch den Minimalarbeitslohn schlechten Arbeitern Vorschub geleistet werden sollte, so ist das durchaus nicht der Fall. Eine der besten Arbeiterorganisationen in Deutschland, der deutsche Buchdrucker-Verband, hat schon seit vielen Jahren einen

Minimalarbeitslohn festgesetzt, und ich habe von Prinzipalen der Buchdruckerbranche noch nicht darüber klagend gehört, daß ein gewisses Minimum des Arbeitslohnes existirt, unter welches sie bei Bezahlung nicht herabgehen sollen; es wird im Gegentheil nach meiner festen Ueberzeugung durch einen derartigen Minimalarbeitslohn der Lehrling, der angehende Arbeiter, angespornt werden, eine derartige Fertigkeit in seiner Branche zu erlangen, daß er diesen Minimalarbeitslohn unter allen Umständen verdienen kann, weil er sonst gewärtig sein muß, in seinem Fache nirgends Arbeit zu bekommen und vielleicht zum Tagelöhner, zum Arbeitsmann dadurch herabsinken muß.

Nun muß ich, um auf eine Bemerkung von vorhin betreffs der Bagabundage zurückzukommen, noch auf etwas aufmerksam machen, was besonders der Regierung zur Last gelegt werden muß. Der Herr Reichskanzler hat gestern mit einer gewissen Wehmuth gesagt, daß es ihn so sehr betrübe, daß gerade in den großen Industriezentren, in den großen Städten, wo viele Arbeiter vorhanden sind, die Wahlen so oppositionell, so regierungsfeindlich ausgefallen seien. Nun, meine Herren, wenn der Herr Reichskanzler dabei besonders die socialdemokratischen Wahlen im Auge gehabt hat, so erlaube ich mir darauf zu bemerken, daß diese socialdemokratischen Wahlen im Allgemeinen allerdings als oppositionell, oder wenn Sie das so nennen wollen, als regierungsfeindlich aufzufassen sind; sie sind aber nicht durchweg als feindlich gegenüber den socialpolitischen Plänen des Kanzlers aufzufassen.

(Hört! rechts.)

Im Gegentheil, ein Theil der socialdemokratischen Wahlen ist geradezu als eine Demonstration der Arbeiter gegen das negative Verhalten der Herren Manchestermänner zu betrachten; die Arbeiter haben damit ausdrücken wollen, daß endlich etwas Positives geschehe, und weil dies seitens des Liberalismus bisher nicht geschehen, darum haben sie Socialdemokraten gewählt, welche erklärt haben, daß sie nicht abgeneigt seien, die socialpolitischen Pläne des Kanzlers zu prüfen und, falls dieselben brauchbar, sie zu acceptiren. So liegt die Sache, und das ist hier ausdrücklich zu erklären.

Wenn aber im Allgemeinen diese socialdemokratischen Wahlen darthun, daß das arbeitende Volk äußerst mißtrauisch gegenüber diesen Plänen des Herrn Reichskanzlers ist, so hat dies doch seine sehr begründeten Ursachen. Meine Herren, auf der einen Seite macht man uns durch Ausnahmegesetze politisch rechtlos, man läßt uns keine Versammlungen abhalten, duldet nicht, daß wir unsere socialistischen Anschauungen auch in der allerzahnstetigsten Form vorbringen, wie das zahlreiche Verbote von Blättern beweisen, die mit sogenannten umstürzlerischen Tendenzen auch nicht das allermindeste zu thun gehabt haben; man begräbt uns zu Staatsbürgern dritter Klasse und verlangt auf der anderen Seite, daß wir mit großem Jubel und großem Vertrauen der Reichsregierung entgegenkommen sollen, wenn sie es für opportun hält, uns eine kleine Abschlagszahlung auf das zu leisten, was sie uns schuldig ist; denn, meine Herren, das muß ich hier erwähnen, das Gute ist bei den kanzlerischen Reformplänen mit verbunden: dadurch, daß der Staat einräumt, er sei verpflichtet, für die arbeitenden Klassen in irgend einer Richtung einzutreten, dadurch gesteht er zu, daß uns der Staat überhaupt etwas schuldig ist, und wenn sich diese Reformvorschläge, die uns der Kanzler macht, auch nur verhalten wie eine à conto-Zahlung von einem Thaler auf eine Schuld von 3000 Thalern, so ist es doch immerhin etwas. Dadurch, daß man uns eine Abschlagszahlung von einem Thaler machen will, gesteht man uns zu, daß man uns etwas schuldig ist, und das ist sehr viel Werth für uns. Allein, meine Herren, das Mißtrauen der Arbeiter ist nicht bloß wegen des Socialistengesetzes in seiner allgemeinen Fassung sehr berechtigt, sondern hauptsächlich darum, weil dieses Socialistengesetz in einer Weise gehandhabt worden ist, die geradezu als unerhört bezeichnet werden muß.

Was haben zum Beispiel die früher bestandenen Gewerkschaften mit umstürzlerischen Plänen zu thun? Diese zahlreichen Gewerkschaften, die sich damit beschäftigt haben, den Arbeitern Unterstützungen zu gewähren bei Arbeitsentstellungen, ihnen Unterstützungen zu gewähren bei Rechtschuldsfällen, wenn es sich darum handelte, Prozesse auf Grund des famosen

Gastpflichtgesetzes durchzuführen, die sich ferner darauf beschränkten, den Arbeitern Wanderunterstützungen zu gewähren, alle diese Gewerkschaften, diese corporativen Verbände hatten mit der Politik oder mit dem Socialismus gar nichts oder äußerst wenig zu thun, und wenn Socialisten dabei betheiligte waren und wenn sie sogar in den Verwaltungen gewesen sind, so liegt das doch in der Natur der Sache, weil die organisirten Arbeiter, die politisch denkenden Arbeiter in der großen Mehrzahl überall Socialdemokraten sind und sein werden. Man ist hergegangen und hat alle diese Gewerkschaften durchweg aufgelöst, man hat die Arbeiter ihrer sauer ersparten Großen beraubt, man hat sich nicht damit begnügt, die Gewerkschaftskassen zu confisciren, soweit man sie durch die Polizei erwischen konnte, sondern man hat den Arbeitern auch ihre Krankenkassen genommen. Meine Herren, das hat so colossale Erbitterung hervorgerufen — man bezeichnet nämlich die Art und Weise, wie diese Gelder weggenommen worden sind, in Arbeiterkreisen mit einem viel drastischeren Ausdruck, den ich hier nicht vorführen will, weil ich mir keinen Ordnungsruf zuziehen will — das hat so colossale Erbitterung hervorgerufen daß die Regierung sich nicht wundern darf, wenn die Arbeiter ihr nicht mit offenen Armen entgegenfliegen wegen ein paar Kleinigkeiten, die sie mit den Reformplänen uns entgegenbringen will. Als ich gelegentlich einer Wählerzusammenkunft in Nürnberg meinen Parteigenossen den Vorschlag machte, daß man die kanzlerischen Pläne ruhig prüfen müsse, und, sofern sie für die Arbeiter etwas Positives bieten, darauf eingehen, da ist mir von Arbeitern gesagt worden, diese Kanzlerpläne seien, wenn man das ganze Verhalten der Regierung gegen uns betrachte, als nichts anderes aufzufassen, als ein Wahlswindel, an den nach den Wahlen nicht mehr gedacht werde. So weit haben Sie es mit dem Socialistengesetz und dessen Handhabung gebracht, daß das Vertrauen in den Arbeiterkreisen vollständig geschwunden ist. Und wenn nun die Interpellation des Abgeordneten v. Hertling in einer Weise beantwortet wird, wie es gestern der Herr Reichskanzler gethan hat, der weit mancherlicher gesprochen hat, als das seine zahlreichen Freunde auf social-

politischem Gebiete vielleicht erwartet haben dürften, so wird man damit den Arbeitern dieses Vertrauen nicht erhöhen, sondern dieselben werden sich mehr als je überlegen, was sie gegenüber allen diesen Dingen zu thun haben. Man wird noch viel zurückhaltender in Arbeiterkreisen sein, wenn man hört, daß auch Fürst Bismarck der durchaus veralteten Anschauung huldigt, daß nicht zu sehr in die wirthschaftliche Freiheit eingegriffen werden dürfe im Punkte der Arbeitszeit u. s. w., und daß derselbe sogar auf dem Standpunkt steht, die Industrie sei die Henne, welche für den Arbeiterstand die goldenen Eier lege. Wir, meine Herren, und mit uns noch verschiedene andere Leute, sind der Ansicht, daß gerade das Umgekehrte der Fall ist, daß der Arbeiterstand es ist, welcher den Herren Industriellen die goldenen Eier legt, und daß deshalb von einem Schlachten der Henne, welche für die Arbeiter diese goldenen Eier legt, gar nicht die Rede sein kann.

Wenn ferner gesagt wird, daß der Verdienst der Frau durchaus notwendig sei für die Arbeiter, um die nöthige Lebenshaltung erhalten zu können, so ist das ebenfalls ein Standpunkt, den wir nicht billigen können, weil ja durch den Zuschuß, den durch den Verdienst einer Frau eine Arbeiterfamilie erhält, wohl momentan die einzelne Familie eine kleine Aufbesserung erfahren kann, weil aber die Klasse der Arbeiter dadurch eine wesentliche Concurrenz erfährt, weil der männlichen Arbeit durch diesen Zuschuß der weiblichen Arbeit eine erhebliche Concurrenz geschaffen wird, welche sich später dadurch äußert, daß die männliche Arbeitskraft überflüssig gemacht, durch Frauenarbeit ersetzt wird, daß es dadurch sogar so weit kommt, daß, wie es in diversen deutschen Industriekreisen der Fall ist, der Mann gezwungen ist, zu Hause das Kochen und sonstige häusliche Arbeiten zu besorgen, während Kinder und Frauen in die Fabrik gehen müssen, um die nöthigen Lebensmittel zu erwerben. Es gibt hierfür Zahlenbelege, die so unangreifbar sind, daß hiergegen von keiner Seite etwas eingewendet werden kann. Es ist z. B. That- sache, daß in der Baumwollmanufaktur die Spindelzahl seit dem Jahre 1850 bis 1875 sich um circa 80 Procent steigerte, während die Zahl der Webstühle um 85 Procent sich

gesteigert hat, die Zahl der bei dieser Arbeit verwendeten Kinder ist aber gewachsen um 346 Procent; die Zahl der männlichen erwachsenen Arbeiter, also der Arbeiter von 18 bis 25 Jahren, ist aber um 25 Procent zurückgegangen. Das sind doch gewiss Zahlen, welche zur Genüge darthun, daß man sich mit größerem Ernst, als dies gestern vom Herrn Reichskanzler geschah, mit derartigen Fragen beschäftigen muß.

Es ist gestern, namentlich in der Rede des Herrn Reichskanzlers zu verschiedenen Malen von Corporativverbänden die Sprache gewesen, auf welche das Heil der Zukunft zu setzen sei. Ich glaube nicht fehl zu gehen, wenn ich diese neueste Idee des Herrn Reichskanzlers auf die Anwesenheit des Dr. Schäffle zurückführe. Es ist ja die eine bekannte Idee des Dr. Schäffle, die derselbe in verschiedenen Variationen in der Presse ventilirt hat; nur wissen wir leider noch nicht, was wir uns darunter vorstellen sollen, wir können hiervon keine Ahnung haben, und es ist dies also auch ein schlimmer Trost für die Arbeiter, nun wieder auf diese „Corporativverbände“ warten zu sollen. Sollen etwa darunter Zwangsinnungen verstanden sein, oder auch nicht? Wir wissen es nicht. Also ein trauriger Trost unter allen Umständen.

Was wir verlangen, läßt sich zum großen Theil, anschließend an die Forderungen der Interpellation, zusammenfassen in gänzlichem Verbot der Sonntagsarbeit mit den Ausnahmen, die ich vorhin schon ausführte, in möglichst ausgebehnte Einschränkung der Frauenarbeit, zum Theil sogar gänzlichem Verbot derselben in Fabriken, oder, um einen Uebergang zu schaffen, wenigstens eine derartige Verkürzung der Arbeitszeit durch Schaffung eines besonderen Normalarbeitstags für die Frauen, worin hervorragend die Mittagspause für die Frauen berücksichtigt werden muß. Dann ist dahin zu trachten, und zwar mit allen Mitteln, daß die Kinderarbeit auf das Neueste eingeschränkt werde; man muß vor Allem darauf bestehen, daß ein gesetzlich fixirter Maximalarbeitstag für die männlichen Arbeiter eingeführt werde, und wir haben auch dagegen nichts einzuwenden, wenn ein Minimalarbeitslohn gesetzlich festgestellt würde.

Wenn nun dabei gesagt wird, daß unsere

Industrie das nicht tragen könne, daß die heimische Industrie darunter leiden werde, so verweise ich Sie darauf, daß der rheinische Verband zum Schutze der industriellen Interessen erst in der letzten Zeit, ich glaube, es war auch in einer Petition an den Reichskanzler, ausdrücklich erklärt hat, daß er bereit sei, „Opfer“ zu Gunsten der socialreformativischen Pläne zu bringen. Wenn diese Herren Fabrikanten davon sprechen, daß sie bereit seien, Opfer zu bringen, so ist doch damit der Beweis geliefert, daß ihr Profit dervon ist, daß sie recht wohl etwas davon entbehren können, und es ist auch zugleich bewiesen, daß die deutsche Industrie in der Lage ist, eine Reduktion der Arbeitszeit ertragen zu können. Und selbst wenn auch eine kleine Schädigung einzelner Industriellen eintreten würde aus der Reduktion der Arbeitszeit, so ist damit noch lange nicht der Beweis geliefert, daß die Industrie als solche hierdurch geschädigt würde. Wenn die Arbeitslöhne beschnitten werden, wie dies in den letzten Jahren, namentlich auf den famosen Rath des Herrn Camphausen, so zahlreich geschah, auch nur um wenige Procente, so ist der Arbeiter hierdurch schon angewiesen, sich sofort Abbruch an den nothwendigsten Lebensbedürfnissen anzuthun; bei einer Schädigung der Fabrikanten um 5 oder auch um 10 Procent ist dies jedenfalls nicht der Fall. Ich habe nicht gehört, daß die Fabrikanten, die diese Schädigung erfuhr, deshalb hungern mußten, wie dies bei dem Arbeiter der Fall ist. Es ist das nicht einmal bei den Fabrikanten eingetreten, die Bankrott gemacht haben, auch diese pflegen nicht zu hungern. Man kann aber, wenn wirklich eine kleine Schädigung der Industrie eintreten sollte, hier vorbeugen durch Anbahnung einer internationalen Fabrikgesetzgebung, eines internationalen Schutzes für die Arbeit. Das ist von der Schweiz, die ihren Normalarbeitstag eingeführt hat, angeregt worden, hat aber leider bei der deutschen Regierung bis jetzt sehr wenig Entgegenkommen gefunden. Man erzählt doch uns, die wir als Reichsfeinde und sogar als Vaterlandsfeinde betrachtet werden, so viel in den patriotischen Zeitungen von der großen Macht und Herrlichkeit, die das deutsche Reich errungen hat durch seine militärischen Erfolge, daß es überall

im Auslande gefürchtet sei, wie man förmlich darauf achte, was Deutschland wolle, um dem sofort entgegenzukommen, und wie die schönen Dinge nur heißen mögen. Meine Herren, wenn man zu diplomatischen Zwecken bald einen „kalten Wasserstrahl“ nach Paris oder Rom schicken kann, so hätten wir nichts dagegen, wenn man einmal einen solchen kalten Wasserstrahl loslassen wollte, um einen kleinen Druck auf die fremden Regierungen zu üben zur Anbahnung eines Arbeiterschutzes. Man gebraucht immer die Dienstleistungen der Diplomatie zu Kriegszwecken und ähnlichen Geschäften, oder, um Unterhandlungen mit dem Papste anzuknüpfen; warum benutzt man die Diplomatie, diese Verbindungen mit dem Ausland, nicht auch einmal dazu, um Schutzmaßregeln für die Arbeiter anzubahnen? Es wäre sehr am Platze, daß die Frage einer internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung ganz energisch und ernsthaft in Angriff genommen würde, davon habe ich aber gestern weder von dem Herrn Interpellanten, noch vom Herrn Reichskanzler, noch von Seite des Herrn Richter (Hagen) etwas gehört; das ist ein Ding, das in den Kreisen der Arbeiter jedenfalls eine größere Befriedigung hervorrufen würde, als wenn man ihre Gewerkschaften auflöst und sie dadurch zu Vagabunden macht und auf die Landstraße hinauswirft.

Wir würden ferner vorschlagen, daß die Frage der Arbeiterkammern wieder angeregt wird. Anstatt des total verpuschten Volkswirtschaftsraths wäre es wohl gescheiter, Arbeiterkammern einzurichten, wie sie von unseren Abgeordneten gelegentlich der Einbringung des sogenannten Arbeiterschutzes im Jahre 1877 verlangt worden sind. Es existiren in Deutschland Anwaltskammern, Handels- und Gewerbekammern, warum sollen nicht auch die Arbeiter ihre Kammern haben? Derartige Arbeiterkammern, hervorgegangen aus allgemeinen Wahlen, würden nicht auf ein solches Mißtrauen stoßen, wie der Volkswirtschaftsrath, in dem eine Masse Großgrundbesitzer, Fabrikanten und Kaufleute und nur drei oder vier Arbeiter sitzen, von denen einer sich „Webermeister“ schimpfen läßt, während er thatsächlich Fabrikant ist, der 30 bis 40 Arbeiter beschäftigt.

Wir verlangen ferner, wenn das Unfall-

versicherungsgesetz wieder zur Vorlage kommt, daß die unmäßig lange Carenzzzeit daraus beseitigt wird; wir verlangen, daß über derartige Fragen Gewerbegerichte zu entscheiden haben, die aus allgemeinen Wahlen hervorgehen; wir verlangen, daß den Fabrikinspektoren weit größere Befugnisse eingeräumt werden, als sie gegenwärtig haben, und bei der Gelegenheit möchte ich auf eine Aeußerung zurückkommen, die Herr Ebert vorhin gemacht hat, der sagte, die Fabrikanten in seinem Wahlkreis oder in seinem Industriebezirk betrachteten die Fabrikinspektoren als Freunde und Berather. Ja, meine Herren, das ist eben das Schlimme, daß die Herren Fabrikanten und Fabrikinspektoren in einem so intimen Freundschaftsverhältniß stehen; es wäre viel besser, wenn die Herren Fabrikinspektoren weniger Freunde wären und mehr das polizeiliche Verhältniß gegen die Fabrikanten heraushehren würden. Ganz besonders habe ich nach dieser Richtung gegenüber den bayerischen Inspektoren hier Klagen vorzubringen; es ist ja natürlich, in jedem einzelnen Lande wird es in der Richtung Klagen geben, und, wie mir seitens meiner Parteigenossen mitgetheilt wurde, ist es in Sachsen noch etwas schlimmer als in Bayern; allein ich kann auf Grund persönlicher Erfahrungen respektive von Mittheilungen zuverlässiger Arbeiter hier erklären, daß es in Bayern, und zwar in dem industriellen Theile desselben, Fabriken gibt, in denen man noch nie einen Fabrikinspektor gesehen hat, daß es in Bayern industrielle Bezirke gibt, wo die Arbeiter absolut nicht wissen, in welchen Beziehungen sie sich an den Fabrikinspektor wenden können, man weiß z. B. in der großen industriellen Stadt Nürnberg in Arbeiterkreisen gar nicht, wo der Fabrikinspektor seinen Sitz hat, wo er wohnt. Das sollte in den Amtsblättern bekannt gegeben werden, das würde die Arbeiter weit mehr interessiren, als die Bekanntmachung von Flugblätterverboten und ähnliche schöne Dinge. Ich bin soeben dabei gewesen, davon zu sprechen, daß bei Wiedereinbringung des Unfallversicherungsgesetzes die Carenzzzeit beseitigt werden soll, weil dadurch die freien Krankenkassen thatsächlich gezwungen werden, Verpflichtungen zu übernehmen, die an erdem den Fabrikanten obliegen würden, und bei diesem Punkt muß ich auf etwas zu

sprechen kommen, was den Herrn Abgeordneten Dr. Lasker angeht: der Herr Abgeordnete Dr. Lasker ist es ja gewesen, welcher seiner Zeit den berühmten § 4 in das Haftpflichtgesetz hineingebracht hat, wonach die Fabrikanten berechtigt sind, denjenigen Betrag an der Unfallversicherungs- oder Haftpflichtsumme in Abzug zu bringen, welcher dem Arbeiter aus seiner Kranken- oder Knappschaftskasse ausbezahlt wird, in welche Kasse der betreffende Fabrikant mindestens ein Drittel eingezahlt haben muß. Die Herren Liberalen haben also eigentlich keine Ursache, sich gegen eine lange Carenzzeit bei dem Unfallversicherungsgesetz aufzuhalten, weil sie es ja gewesen sind, die genau dieselbe Bestimmung in das Haftpflichtgesetz seinerzeit hineingebracht haben. Das Haftpflichtgesetz soll nun seitens der liberalen Fraktion verbessert werden. Dieselben haben einen Gesetzesentwurf ausgearbeitet, welcher, wie man hört, ziemlich nahe an das Unfallversicherungsgesetz streifen soll.

Ich erinnere mich einer Wählerversammlung, die im Jahre 1877 in Pößnitz im zweiten Meiningener Wahlkreise stattgefunden hat, woselbst ich gegen den Herrn Abgeordneten Lasker candirirt habe. Ich habe damals den Herrn Dr. Lasker interpellirt wegen seines Verhaltens bezüglich des Haftpflichtgesetzes und speziell wegen des berühmten § 4, und damals hat mir Herr Dr. Lasker entgegnet, er erkläre jeden für einen Friedensbrecher, der sich erlaube, das Haftpflichtgesetz ein schlechtes Gesetz zu nennen,

(Weiterkeit rechts)

und nunmehr gehört Herr Abgeordneter Lasker selber zu denjenigen Abgeordneten, welche das Haftpflichtgesetz für ein schlechtes Gesetz oder mindestens für ein sehr verbesserungsfähiges Gesetz halten, sonst würde er sich doch nicht dazu herbeigelassen haben, die Verbesserungsvorschläge, die seitens der Fortschrittspartei und der Liberalen gemeinsam gemacht worden sind, mit zu unterstützen und denselben Vorschub zu leisten. Es ist bei der Berathung der Gewerbeordnungsnovelle im Jahre 1879 von einem unserer Redner gesagt worden, daß wir warten könnten; es würde manches, was damals als socialistische Utopisterei hingestellt worden, in allernächster Zeit oder in wenigen Jahren wieder auftauchen, und der betreffende Partei-

genosse von mir hat thatsächlich Recht gehabt; was man damals noch als absolut unannehmbar bezeichnet hat, wird gegenwärtig theils aus dem Hause heraus verlangt, theils von der Regierung uns entgegengebracht, und das ist jedenfalls ein Beweis, daß unsere als utopistisch und umfärzlerisch verschrieenen Vorschläge von damals sich als äußerst praktisch herausgestellt haben. Und wenn wir auch mit unseren weiteren Vorschlägen, mit der Forderung des Normalarbeitstages nicht mehr Glück haben sollten als damals, so bin ich doch der Ansicht, daß man auch gezwungen sein wird, in Anbetracht der allgemeinen geschäftlichen Lage, einem bedeutenden Theil von dem, was man damals verworfen hat, jetzt zuzustimmen, und weiter in ein paar Jahren wird man sich veranlaßt sehen, auch das voll und ganz zu befriedigen, was wir jetzt aufstellen und was man jetzt vielleicht als undurchführbar und unpraktisch hinzustellen beliebt.

Gegenüber dem Herrn Abgeordneten Richter (Hagen) habe ich nur einige Bemerkungen zu machen. Ich habe nämlich einiges zurückzuweisen von dem, was er gestern gesagt hat. Er sagte, daß durch die Produktivgenossenschaft, die Anfangs der sechziger Jahre in einem schlesischen Wahlkreise gegründet wurde, dem Socialismus und speziell den Forderungen Lassalle's ein ganz gewaltiger Vorschub geleistet wäre. Merkwürdigerweise, und es ist das eine sehr eigenthümliche Logik des Herrn Abgeordneten Richter, hat er dabei zu gleicher Zeit erklärt, daß diese socialistische Produktivgenossenschaft, wie er sie genannt hat, Bankrott gemacht hat. Ja, wie eine socialistische Produktivgenossenschaft, die Bankrott macht und in Folge dessen doch eher die angeblühte Unmöglichkeit der socialistischen Produktivgenossenschaft beweisen soll, dazu kommt, zur Förderung des Socialismus beizutragen, ist mir nicht recht erklärlich; das ist eine sehr eigenthümliche Auffassung der Sache. Uebrigens habe ich dabei zu gleicher Zeit zu bemerken, daß diese Genossenschaft von damals überhaupt keine socialistische Produktivgenossenschaft war in unserem Sinne, nicht einmal im Lassalle'schen Sinne, sondern höchstens ein primitiver Anfang dazu. Eher könnte man sagen, es habe diese Produktivgenossenschaft damals ungefähr denselben

Standpunkt eingenommen, wie die vielbesprochenen Nationalwerkstätten in Frankreich.

Ferner ist von Herrn Richter gesagt worden, daß man dem Manchesterthum den Vorwurf mache, daß es, oder die Richtungen, die ihm anhängen, für die Arbeiter nichts thue, und da glaubte er einen besonderen Trumpf auszuspielen, indem er darauf hinwies, daß gerade das Land des ausgeprägtesten Manchesterthums, England, es sei, welches die beste der jetzt bestehenden Fabrikgesetzgebungen habe, und daß die deutsche Gewerbegesetzgebung eigentlich bloß ein Abbild oder ein Exrtract der englischen Fabrikgesetzgebung sei. Ja, meine Herren, das ist zum Theil richtig, aber ich erlaube mir dabei darauf hinzuweisen, daß diese englische Fabrikgesetzgebung nicht von dem Kapitalistenparlament Englands freiwillig gegeben worden ist, sondern daß sie dem englischen Parlament von den Arbeitern unter den schwierigsten Verhältnissen abgerungen werden mußte mit Zuhilfenahme sogar von geheimen Gesellschaften, deren Angehörigkeit mit Zuchthausstrafen bedroht war. Also die Manchesterer Männer als solche brauchen sich auf die englische Fabrik- und Gewerbegesetzgebung ganz und gar nichts zu Gute zu thun.

Ich habe die einzelnen Punkte, welche in der Interpellation des Freiherrn von Hertling

berührt werden, im Großen und Ganzen hier aufgeführt; ich habe mich ausdrücklich und absichtlich enthalten, weitergehende Forderungen hier vorzubringen, damit es nicht wieder heiße, wie das bei früheren Gelegenheiten der Fall gewesen ist, es sei uns nicht darum zu thun, etwas Praktisches, Positives für die Arbeiter zu erlangen, sondern bloß, „die eine bekannte socialdemokratische Rede“ hier zu halten; ich habe Ihnen im Gegentheil nachweisen wollen, daß wir das, was man im landläufigen Sinne praktisch nennt, ebenso gut sind, wie die anderen Parteien, daß wir nicht mit dem Kopf durch die Wand wollen, und daß wir Abschlagszahlungen unter den gegenwärtigen Verhältnissen recht gern annehmen wollen.

Zu gleicher Zeit aber habe ich die Erklärung abzugeben, daß wir damit von unserem Endziel auch kein Jota abgehen, daß wir diese Abschlagszahlungen entgegennehmen, um für die Arbeiter etwas Positives aus der gegenwärtigen Gesetzgebung herauszuholen, daß wir aber nach wie vor darauf stehen bleiben, daß die sociale Frage mit derartigen kleinen Mittelchen nicht gelöst werden kann, sondern nur mit Einführung des Socialismus, an dem wir mit allen möglichen Mitteln seitens unserer Partei weiter arbeiten werden.

## Rede

des Reichstagsabgeordneten **Griffenberger** in der Sitzung vom 26. Januar 1882 über die polizeilichen Belästigungen der socialdemokratischen Abgeordneten.

Meine Herren, ich beabsichtige nicht, zu der Rubrik „Büreaudirektor“ über Wahlstatistik zu sprechen; auch hängt das, was ich zu sagen habe, nicht mit der finanziellen Seite dieser Position zusammen. Allein ich habe hier etwas vorzubringen, was trotz alle dem das Haus in ziemlich hohem Grade interessiren dürfte, und was speziell zu dieser Position gehört, da mit dem Amt des Büreaudirektors doch jedenfalls auch der Schutz der Mitglieder dieses Hauses zusammenhängt.

Meine Herren, ich habe hier eine Beschwerde über die Behandlungsweise vorzubringen, welche einer Anzahl Mitglieder dieses Hauses durch die Berliner Polizei angethan wird. Die Mehrzahl von Ihnen dürfte ja vielleicht schon davon gehört haben, daß sämtliche Angehörige der socialdemokratischen Fraktion hier in Berlin und auch bis hier ins Haus herein in einer Weise polizeilich überwacht werden,

(hört! hört! links)

daß dadurch die Würde des Reichstages in größtlicher Weise verletzt wird. Ich weiß nicht, ob diese Dienstleistungen ausgeübt werden von wirklichen Criminalschutzeuten oder bloß von den sogenannten Zwanzig-groschenjüngens, wie der Colleague Hasenclever dieses Spezies schon einmal hier genannt hat. Aber so viel steht fest: wenn Morgens einer von uns das Haus verläßt, so taucht irgend eine verdächtige Gestalt aus einem Thorbogen oder einem Laden auf der anderen Seite der Straße auf und verfolgt uns, bis wir in ein Haus eintreten, in jedes Bierlokal, wo

wir hingehen; ob wir einen Privatbesuch abwarten, oder geschäftlich etwas zu besorgen haben. Wenn ich z. B. einen Geschäftsfreund hier auffuche, einen Buchhändler, mit dem unsere Firma in Verbindung steht, so muß ich befürchten, daß der Mann deswegen, weil ich ihm einen Besuch abestattet habe, von der Polizei in zudringlichster Weise belästigt wird. Diese Belästigungen machen sich in so auffälliger Weise geltend, daß es nicht mehr verschwiegen werden kann. Gehen wir über die Straße, um zu Mittag zu essen, so lösen sich an allen Ecken und Enden diese Gestalten ab, folgen uns nach, treten sogar mit in die Lokale hie und da ein; besteigen wir einen Pferdebahnwagen, so folgt ein derartiger Geselle uns nach

(Heiterkeit)

und fährt mit uns, bis wir vor dem Reichstagsgebäude aussteigen, — kurz und gut, das ist eine Behandlungsweise, die eines Volksvertreters einfach unwürdig ist.

(Sehr wahr! links.)

In den Pferdebahnwagen ist die Sache um so auffallender, weil die betreffenden Individuen nichts zu bezahlen brauchen. Sie präsentiren einfach ihre Marke als Polizeibedienteter oder Polizeiagent, und der Condukteur des Wagens und das innessitzende Publikum weiß sofort, daß es sich hier um eine Person handelt, welche polizeilich beaufsichtigt und verfolgt wird, sie können dann denken, es handle sich um wer weiß was für ein Verbrecher, das der Betreffende begangen habe. — Gegen solche Maßregeln muß ich hier feierlich protestiren.

Nun kommt aber noch etwas Anderes in Betracht. Meine Herren, es gelingt uns ja häufig — und wir thun das natürlich mit großem Vergnügen —, einen der Herren einmal zu „versetzen“, wie der Berliner Kunstausdruck heißt, das heißt ihn irre zu führen. Wenn nun der Betreffende uns verloren hat, so kann er das doch seinem Arbeitgeber, seinem Brodgeber nicht sagen, weil er sonst weggejagt würde. Er hat den Auftrag, uns von 6 Uhr Morgens bis 11 Uhr Abends, oder bis der letzte Zug aus Berlin weg ist, zu verfolgen und zu beaufsichtigen. Wenn er uns auf ein paar Stunden verliert, so weiß er nicht, was er seinem Auftraggeber sagen soll, und daher kommen, meine Herren, die gefälschten Berichte, die so häufig bei Handhabung des Socialistengesetzes eine Rolle spielen. Da werden — ich kann mir das nicht anders denken — Berichte gemacht über geheime Zusammenkünfte u. s. w., bei denen wir inzwischen gewesen sein sollen, nachdem die Polizisten uns aus den Augen verloren. Berichten müssen

ja die Herren doch Etwas, — also werden dann derartige Geschichten gemacht; die Wenigsten von Ihnen im Hause wissen, mit welchem nied erträchtigen Chikanen das Socialistengesetz uns gegenüber verbunden ist, was wir alle als einzelne Personen auszuhalten haben, und dazu gehört gerade die Geschichte, wie es auch hier in Berlin gemacht wird. Man begnügt sich nicht, uns bis an das Haus zu verfolgen, sondern man geht bis in das Haus herein

(oh! links)

und fragt, ob jemand von unserer Fraktion anwesend, ob der oder jener Abgeordnete noch im Hause sei oder dasselbe schon verlassen habe, damit, wenn er nicht mehr da ist, man ihm noch nachträglich nachlaufen kann. Meine Herren, das ist ein Skandal, und ich glaube, daß es genügen wird, das hier angeregt zu haben, um die nöthigen Schritte zu thun, damit einem derartigen groben Unfug ein Ende gemacht wird.

(Sehr richtig! links.)

